

HEUSS-FORUM
4/2019

Kristian Buchna

Jenseits des Plenums.

Wie informelle Zirkel von Abgeordneten
die parlamentarische Kultur
in der Bundesrepublik prägen

Theodor-Heuss-Kolloquium 2019
Democracy Revisited. Praktiken, Ordnungen
und Begrenzungen der liberalen Demokratie
von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart
10.–11. Oktober 2019

In Kooperation mit der
Akademie für Politische Bildung Tutzing



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Kristian Buchna

Jenseits des Plenums. Wie informelle Zirkel von Abgeordneten die parlamentarische Kultur in der Bundesrepublik prägen

Räume können als soziale Produkte spezifische Handlungsformen und Praktiken ermöglichen, verhindern oder als „unpassend“¹ erscheinen lassen. Diese Einsicht ist nicht nur Architekten und Soziologen vorbehalten, auch Politiker sind sich der Wirkung von Räumen auf das Verhalten und die Interaktion ihrer Nutzer durchaus bewusst. Anders ist es kaum zu erklären, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestags seit seinem Bestehen ständig vergleichende, nicht selten neidische Seitenblicke auf andere Parlamente geworfen haben, um Anregungen für eine Verbesserung nicht nur der Arbeitsbedingungen, sondern auch der parlamentarischen Kultur insgesamt zu erhalten. Um beides war es im und um das Bonner Bundeshaus herum nicht gut bestellt.² Die vielfach vermisste Lebendigkeit der Bundestagsdebatten sah man im Londoner House of Commons gerade durch räumliche Konfigurationen ermöglicht: das Fehlen eines Rednerpults und das physische Gegenüber von Regierung und Opposition sorgte schon qua An-

¹ Thomas Mergel: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002, S. 83.

² Nach den drastischen Worten von Marie-Elisabeth Lüders (FDP) war das Bundeshaus „zu 90 % für einen parlamentarischen Betrieb absolut ungeeignet“. Aus einer Bundestagsrede vom 23.5.1957, S. 12303 (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02211.pdf>).

ordnung im Raum für einen dialogischen Schlagabtausch, der dem Bundestag weitgehend fremd sei.

Die intensive Wahrnehmung anderer Parlamente durch Abgeordnete des Deutschen Bundestags blieb nicht ohne Konsequenzen. Insbesondere infolge von Delegationsreisen nach London, Paris und Straßburg kam es in der Bundesrepublik zu einem erklecklichen Import parlamentarischer Praktiken und Gepflogenheiten, der bereits in den frühen 1950er Jahren einsetzte und bis in die Gegenwart andauert. Dies gilt etwa für die feierliche Eröffnung der Bundestagssitzungen, die Dienstkleidung der Saaldiener, den Auf- und Ausbau eines (wissenschaftlichen) Mitarbeiterstabes, die Fragestunde oder die im letzten Jahr implementierte Befragung der Bundeskanzlerin. Es gibt sogar einen Bundestagsbeschluss vom Mai 1961, „den Plenarsaal in Anlehnung an das englische Parlament umzubauen“,³ da man die parlamentarische Redekultur durch die Architektur und Bestuhlung des Bundeshauses massiv beeinträchtigt sah.

Eine Kulturgeschichte des bundesdeutschen Parlamentarismus, die freilich noch zu schreiben ist, muss ohne Zweifel den spezifisch deutschen Erfahrungsspeicher von der Paulskirche bis zum uniformierten Reichstag des Dritten Reiches berücksichtigen. Ebenso zwingend muss sie jedoch die „wechselseitige[n] Wahrnehmung[en] und den Erfahrungstransfer zwischen den Nationalparlamenten“⁴ einbeziehen. Diese doppelte Blickachse gilt es auch für jenen Aspekt anzulegen, den ich

³ Zit. n. Eugen Gerstenmaier: *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/Berlin/Wien 1981, S. 396.

⁴ Vorwort, in: Andreas Schulz, Andreas Wirsching (Hg.): *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 5.

nachfolgend vertiefen möchte. In meinem Forschungsprojekt soll es um Orte und Praktiken der informellen Vergemeinschaftung von Abgeordneten gehen, die überparteilich angelegt, in der deutschen Parlamentsgeschichte ohne Vorbild und von der Wissenschaft bislang unbeachtet geblieben sind.

Die Liste möglicher Fragen zu diesem Themenkomplex ist lang. Welchen Einfluss – ganz allgemein gefragt – haben Orte und Praktiken interfraktioneller Vergemeinschaftung auf die parlamentarische Kultur? Inwiefern fördern diese Praktiken die Ausprägung eines parlamentarischen Gemeinschaftsbewusstseins? Es stellt sich die Frage nach Formen der Integration und Konfliktbearbeitung, aber auch nach Mechanismen der Distinktion und Exklusion. Lässt sich der Bundestag, vielleicht sogar das Bonner oder Berliner Regierungsviertel als „sozialer Raum“ beschreiben, der parlamentarische Handeln zugleich begrenzt und ermöglicht?⁵ Auch wenn der Bundestag nach den Worten Heinrich Oberreuters im internationalen Vergleich „zu den am besten untersuchten Parlamenten“⁶ zählt, liegen bislang keine Studien wie die von Andraes Biefang und Thomas Mergel zum Reichstag des Kaiserreichs und der Weimarer Republik vor, die Antworten auf diese Fragen geben.⁷ Überhaupt scheint in der deutschen

Geschichtswissenschaft – um mit Joachim Radkau zu sprechen – „[ü]ber der Gesellschaftsgeschichte [...] die Geschichte der Gesellschaft vergessen worden“⁸ zu sein.

Da sich mein Forschungsprojekt noch in seinen Anfängen befindet, werde auch ich keine fertigen Antworten geben, aber am konkreten Beispiel eines Ortes, nämlich der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG), möchte ich wenigstens zu zeigen versuchen, dass es gerade für den Fall des Bundestags durchaus lohnenswert ist, sich im Sinne der historischen Praxeologie mit Praktiken der Vergemeinschaftung und ihren Auswirkungen auf die parlamentarische Kultur zu befassen.

1. Ausgangslage: Bonn 1949

In sozialer, politischer wie auch geographischer Hinsicht waren die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vergemeinschaftung unter den Abgeordneten des Bundestags ungleich günstiger als unter ihren Vorgängern im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Auch wenn die Gesellschaft der frühen Bundesrepublik keine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ war, die es im Bundestag zu vertreten galt, so war sie dennoch nicht im selben Maße segmentiert wie noch wenige Jahrzehnte zuvor. Exklusive Hotels und Restaurants, in denen sich nur wohlhabende oder blaublütige Abgeordnete trafen und wo sich „unterschiedliche Besitzverhältnisse [...] zu machtrelevanten Strukturen“⁹ verfestigten, wie es Andreas Biefang für das Kaiserreich nachgewiesen hat, kannte die Bundesrepublik nicht mehr. Viel-

⁵ Vgl. Mergel, Kultur, S. 83.

⁶ Heinrich Oberreuter, Uwe Kranenpohl, Martin Sebaldt: Der Deutsche Bundestag: Konstanz und Wandel eines Parlaments. Zur Einführung, in: Dies. (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, 2., durchges. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2002, S. 7–26, hier S. 9.

⁷ Vgl. Andreas Biefang: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871–1890, Düsseldorf 2009; Mergel, Kultur. Zentral zum Thema parlamentarischer Lebenswelten: Adela Gjericova/Andreas Schulz/Lubos Ve-

lek/Andreas Wirsching (Hg.): Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1869–1990, Düsseldorf 2014.

⁸ Joachim Radkau: Theodor Heuss, München 2013, S. 163.

⁹ Biefang, Reichstag, S. 193.

mehr beförderten die provisorischen räumlichen Gegebenheiten Bonns eine tatsächlich nivellierende, gemeinschaftsstiftende Dynamik unter den Abgeordneten. Dies gilt nicht allein für die gemeinsam erduldeten miserablen Arbeitsbedingungen, die wechselseitige Rücksichtnahmen und Hilfestellungen erforderlich machten, sondern auch für Orte wie die Reutersiedlung, die nach der Wahl Bonns zum Regierungssitz errichtet wurde, um die Vielzahl von Abgeordneten und Mitarbeitern der Bundesverwaltung beherbergen zu können. Da wohnte etwa der christsoziale Adelige Karl Graf von Spreiti quasi Tür an Tür mit dem klassenbewussten Sozialdemokraten Egon Franke in einem einfachen Einzimmer-Appartement. In der bescheidenen Reutersiedlung fanden so unterschiedliche Politikernaturen wie Ludwig Erhard, Herbert Wehner, Franz Joseph Strauß oder Erich Mende ihre erste Heimat in der neuen Hauptstadt. Für die Reutersiedlung gilt im Kleinen, was Politiker und Pressevertreter für Bonn als Ganzes immer wieder festgestellt haben, dass nämlich in der rheinischen Provinzstadt Distanz schwerer herzustellen war als Nähe.¹⁰

Auch die zu überwindenden ideologischen, konfessionellen und regionalen Distanzen waren für die Bundestagsabgeordneten deutlich geringer geworden. Weder wurden katholische oder soziale Demokraten aus dem „Kollegium“ der gleichberechtigten Abgeordneten ausgeschlossen, noch waren links- oder rechtsextreme Fraktionen allein schon qua Anzahl ihrer Abgeordneten dazu in der Lage, den parlamentarischen Konsens zu bedrohen. Eben diese Bedrohung hatten gleichwohl die meisten Abgeordneten des ersten Bundestags

¹⁰ Vgl. u.a. Benedikt Wintgens: Turn Your Radio on. Abgeordnete und Medien in der BRD nach 1949, in: Gjericova/Schulz/Velek/Wirsching, Lebenswelten, S. 295–310, hier S. 302ff.

lebhaft und leidvoll in Erinnerung. Um das Bonner Bundeshaus eben nicht zum Weimarer Reichstag werden zu lassen, sprachen sich viele Abgeordnete, insbesondere aus dem bürgerlichen Spektrum, dafür aus, einen „neuen Stil“ (so Ernst Lemmer) und einen anderen parlamentarischen Umgang zu pflegen. Das vielzitierte „Parteiengozänk“ und eine mangelnde Kommunikations- und Kompromissbereitschaft über politische Lagergrenzen hinweg sollten nicht noch einmal zur Schwächung der Demokratie beitragen.¹¹

Hätte man jedoch unter den Abgeordneten eine Umfrage zur parlamentarischen Kultur im Bundeshaus durchgeführt, so hätten sich in den Ergebnissen Besorgnis und Ernüchterung ausgedrückt. 273 vom Bundestagspräsidium verhängte Ordnungsmaßnahmen in der ersten Legislaturperiode stellen einen Höchststand in der Bundestagsgeschichte dar. Hinter dieser nackten Zahl verbirgt sich eine aufgeheizte, mitunter auch aggressive Atmosphäre, die in Einzelfällen sogar in Handgreiflichkeiten mündete. Der hohe Anteil an Parlamentsneulingen hatte daran ebenso einen gewichtigen Anteil wie die Störungsversuche durch Abgeordnete der äußersten Linken und Rechten.

Insbesondere Abgeordneten mit Auslands- bzw. parlamentarischer Vorerfahrung war es ein Anliegen, Orte und Praktiken zu etablieren, die das kollegiale Miteinander fördern und zur Herstellung eines parlamentarischen Gemeinschaftsgefühls beitragen würden. Im Bundeshaus selbst gab es kaum Orte, die zu diesem Zweck hätten genutzt werden können, dies gilt auch für das Parlamentsrestaurant.

¹¹ Vgl. Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009, S. 329ff.

War es zu Zeiten des Reichstags ein exklusiver und geschützter Ort für Abgeordnete¹², so stand es in Bonn nicht nur wegen seiner hohen Preise und der schlechten Qualität in der Kritik. Vor allem stießen sich die Abgeordneten am ‚katastrophalen Lärm‘¹³ (Marie-Elisabeth Lüders) und an der permanenten Beobachtung durch anwesende Besucher sowie durch Vertreter der Presse, die eine ungestörte Verständigung – insbesondere über Parteigrenzen hinweg – unmöglich machten. Zur Stärkung der innerfraktionellen Kohäsionskräfte bildeten sich bald schon wieder „Fraktionskneipen“. Doch frühzeitig regte sich bei zahlreichen Abgeordneten der Wunsch, nicht bei jenen seit der Paulskirchenversammlung bekannten und eingeübten Praktiken der geselligen Vergemeinschaftung unter Parteifreunden stehen zu bleiben. Bezeichnenderweise war es eine Inspiration aus dem Ausland, die Abhilfe versprach.

2. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft

Auf Einladung des britischen Politikers Stephen King-Hall reiste 1950 eine kleine Bundestagsdelegation nach London. Nachhaltiger noch als vom Besuch des Unterhauses zeigten sich die deutschen Abgeordneten von der Hansard Society beeindruckt, die 1944 u.a. von King-Hall gegründet worden war mit dem Ziel, einen Beitrag zur „Förderung der Ideale

der parlamentarischen Demokratie“¹⁴ zu leisten. Heute ist die Hansard Society eine weit hin anerkannte gemeinnützige und überparteiliche Organisation der politischen Bildung wie auch der Parlamentarismusforschung, die mit den „Parliamentary Affairs“ eine eigene Zeitschrift herausgibt. Damals, zu Beginn der 1950er Jahre, hatte vor allem die diskrete, überparteilich-kollegiale Atmosphäre innerhalb der Klubräume Eindruck auf die Bundestagsabgeordneten gemacht. „Wir staunten“, so Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid, „über die Art, wie die Briten miteinander umgingen: In diesen Räumen verhielten sich Konservative und Liberale und Labour-Leute zueinander, ohne dass man gemerkt hätte, wohin der eine oder der andere gehörte.“¹⁵

Vor dem Hintergrund erbittert und zunehmend unversöhnlich geführter Debatten im Bundestag beriet eine überparteiliche Gruppe von Abgeordneten seit der Jahreswende 1950/51 darüber, „wie sie Toleranz und parlamentarisches Gemeinschaftsbewusstsein [...] fördern könnten.“¹⁶ Als Ergebnis dieser Beratungen kam es im Frühjahr 1951 zur Gründung der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.¹⁷ Von Beginn an sollte sich ihr überparteilicher Anspruch auch in der Zusammensetzung ihrer Gremien widerspiegeln; dem ersten Vorstand gehörten Vertreter von

¹² Vgl. Michael F. Feldkamp: Reichstag und Bundestag. Edition eines wiederentdeckten Vortrags von Paul Löbe aus dem Jahre 1951, in: ZParl 38 (2007), S. 376-400, S. 385.

¹³ Vgl. Ausführungen von Marie-Elisabeth Lüders in der Bundestagsdebatte am 3. Mai 1957, S. 12304 (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02211.pdf>).

¹⁴ Luise Sanders: Zeitschriften der Politikwissenschaft: Ein Kompendium, Berlin/Boston 2012, S. 269ff.

¹⁵ Erich Mende, zit. n. Helmut Herles: Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Innenansichten aus dem Club der Abgeordneten, Berlin-Brandenburg 2013, S. 20.

¹⁶ Zit. n. Hilde Purwin, Helmut Herles: Eine Villa am Rhein. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft in Bonn, Baden-Baden 1986, S. 9.

¹⁷ Die Konstituierung fand am 14. März 1951 im Bundesratsaal statt, die Vereinsgründung am 1. April 1951.

sieben Parteien¹⁸ an. Wie fast jede politische Institution der Bonner Republik begann die DPG in einem räumlichen Provisorium, nämlich in vier angemieteten Räumen eines Hotels in der Bonner Innenstadt. Aufgrund der raschen Akzeptanz unter den Abgeordneten gelang jedoch bereits 1955 der Umzug in die kaiserzeitliche Villa Dahm in unmittelbarer Nähe des Bundeshauses. Da der geringe Mitgliedsbeitrag von anfangs 3 DM monatlich¹⁹ bei weitem nicht kostendeckend war (und fortan auch niemals werden sollte), musste der Zuschuss durch den Bundestag regelmäßig erhöht werden: Anfangs betrug er 50.000 DM, heute beläuft er sich auf rund 2 Millionen EUR. Blickt man auf die vielfältigen Praktiken der Vergemeinschaftung, so wird erklärlich, warum den Bundestagsabgeordneten ihre „Parlamentarische“ so lieb und teuer ist.

2.1 Vergemeinschaftung, Integration und Parlamentarisierung

Trotz der anfänglich sehr beengten Verhältnisse entfaltete sich rasch ein lebendiges Klubleben. Jenseits der informellen Treffen, auf die ich noch zu sprechen komme, zeigt ein Blick auf das Veranstaltungsprogramm der frühen Jahre, welcher großer Wert der sachkundigen Diskussion über Fragen der parlamentarischen Demokratie im In- und Ausland

¹⁸ Vorsitzender: Karl-Georg Pfeleiderer (FDP), 1. Stellvertretender Vorsitzender: Gerhart Lütken (SPD), 2. Stellvertretender Vorsitzender: Joseph-Ernst Fürst Fugger von Glött (CSU), Schatzmeister: Hans-Joachim von Merkatz (Deutsche Partei), Beiräte: Bernhard Reismann (Zentrum), Emmy Meyer-Laule (SPD), Walter Nowack (FDP), Paul Bausch (CDU), Hugo Decker (Bayernpartei). Vgl. Herles, Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, S. 149.

¹⁹ Heute 15 EUR pro Monat für aktive Abgeordnete.

beigemessen wurde. Da sprach Stephen King-Hall über „Das Verhältnis zwischen Regierung und Abgeordneten in England“, Paul Löbe verglich die parlamentarische Kultur in Reichstag und Bundestag, Fritz Sängler, erster Geschäftsführer der dpa, hielt einen Vortrag über „Parlament und Presse“, und die Soziologin Charlotte Lütken referierte über die amerikanische Demokratie.²⁰

Hier, in diesem durch externe Expertise angeregten Austausch über Fragen des Parlamentarismus zeigt sich das Vorbild der Hansard Society wohl am deutlichsten. Doch mit dem Umzug in die Villa Dahm entwickelte die DPG zunehmend ein eigenständiges Profil, das sie zu jenem weltweiten Unikum werden ließ, das sie heute auf nationaler Ebene ist. Laut Satzung war das Ziel der Parlamentarischen Gesellschaft, „die menschlichen, sachlichen und politischen Beziehungen im Kreise der Mitglieder der Parlamente des Bundes und der Länder zu pflegen.“²¹ Hier klingt bereits das bis heute gültige Selbstverständnis der DPG als exklusiver Klub von Abgeordneten an, der Raum für menschliche Geselligkeit, parlamentarische Vergemeinschaftung und diskreten politischen Austausch geben soll.

Schenkt man den Politiker-Urteilen zur Bedeutung der DPG Glauben, so liegen in ihrem Falle Anspruch und Wirklichkeit verblüffend nahe beieinander. Stellvertretend sei hier Norbert Lammert zitiert, der als Bundestagspräsident erklärte, „dass vielleicht kein anderer unter all den Mitgliedern des Deutschen Bundestags von der Existenz dieser Gesellschaft und von ihrem Wirken einen größeren Nutzen hat als der Parlamentspräsident, weil

²⁰ Vgl. Purwin/Herles, Villa, S. 87ff.

²¹ Zit. n. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/31784711_kw41_parlamentarische_gesellschaft-202954 (letzter Zugriff am 7.10.2019).

diese Gesellschaft durch die Art und Weise, in der sie arbeitet, in der die Kolleginnen und Kollegen, die aktiven und die früheren, dort in einer ganz informellen Weise zusammenwirken, in einer ganz wesentlichen, und nach meiner festen Überzeugung auch nicht ersetzbaren Weise das Klima prägen, das unsere Arbeit auch und gerade als Verfassungsorgan auszeichnet.“²²

Wie konkret die DPG jene hier beschriebenen Wirkungen erzielt, lässt sich aufgrund ihres arkanen Charakters nur schwer nachvollziehen, zumal sie keinen Zugang zu ihren Aktenbeständen gewährt.²³ Gleichwohl finden sich insbesondere in Ego-Dokumenten von Politikern sowie in der zeitgenössischen Berichterstattung Hinweise auf ihren institutionellen Alltag. In diesem Alltag steht die DPG als eingetragener Verein jedem interessierten Abgeordneten offen und bietet ihm Rückzugs-, Gesellschafts- und Besprechungsräume sowie eine intensiv beanspruchte Bewirtung. Gäste – ob aus Wirtschaft, Wissenschaft oder Medien – dürfen die Abgeordneten nur nach vorheriger Anmeldung und in begrenzter Zahl mitbringen. Besuchern und Wahlkreisgruppen bleibt hingegen der Zugang zur DPG versperrt, da man bewusst jenen Trubel vermeiden wollte, der das Bundeshaus nach den Worten Paul Löbes in „einen Jahrmarkt und eine Kirmes“²⁴ zu verwandeln drohte.

Da im Bonner Regierungsviertel ein vielbeklagter Mangel an gesellschaftsfördernden Örtlichkeiten herrschte, stieß das räumliche Angebot der DPG von Beginn an auf ein reges und stetig zunehmendes Interesse seitens der

Abgeordneten. In der DPG traf man sich zu vertraulichen Gesprächen und zwanglosem Austausch ebenso wie zum fraktionsübergreifenden Skat-, Schafkopf- oder Schachspielen; im Fernsehzimmer schaute man gemeinsam große Sportereignisse, aber auch die US-Serie „Holocaust“; das frühzeitig und systematisch ausgebaut Weinangebot beförderte zudem die vielfach gerühmte Geselligkeit. Diese gesellige Komponente kann im Hinblick auf deren gemeinschaftsstiftende Wirkung kaum überschätzt werden. Der Schutz der Exklusivität ermöglichte den Abgeordneten einen solch ungeschützten Umgang, wie er sonst wohl nur in der eigenen Wohnung möglich wäre. Man muss nicht kitschige Bilder einer großen Abgeordneten-Familien bemühen, sollte aber danach fragen, warum so viele Parlamentarier die DPG in allerlei Variation als „eine Art Oase“²⁵, als „Ort der Heimat“²⁶, als „Wohnzimmerersatz“²⁷ oder gar gleich als „Familienerersatz“²⁸ beschreiben. Jenseits öffentlicher Anteilnahme und ausschließlich umgeben von Personen, die die „Lebensform MdB“ in all ihren Vorzügen und Schattenseiten teilen, entsteht ein Kommunikationsraum, der gleichermaßen gemeinschafts- und vertrauensstiftend wirkt. „Draußen“, so ein Unionsabgeordneter, „müssen wir immer nur stark sein“, „in der Parlamentarischen können wir mal Schwäche zeigen“.²⁹

Dass sich der parlamentarische Umgang und Umgangston unter Kollegen ändert, wenn sie

²² Zit. n. Herles, Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, S. 143.

²³ Vgl. schriftliche Auskunft der DPG an den Autor vom 19. Juni 2019.

²⁴ Zit. n. Feldkamp, Reichstag, S. 385.

²⁵ Carlo Schmid, zit. n. Helmut Herles: Von der Villa am Rhein in das Palais an der Spree. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, Berlin 2001, S. 89.

²⁶ Claudia Roth, 22. Juni 2017, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18240.pdf>.

²⁷ Hans-Peter Repnik, zit. n. Herles, Villa, S. 104.

²⁸ Heinrich Franke, in: Der Spiegel, „Wie Kinder“, 7.1.1985.

²⁹ Elmar Kolb, in: ebd.

miteinander Skat dreschen oder sich bei einer Flasche Wein Persönliches anvertrauen, wird zwar von zahllosen Abgeordneten bestätigt. Gleichwohl bedürfte es einer systematischen Auswertung von Bundestags- und Ausschuss-Protokollen, um die konkreten Konsequenzen im politischen Alltag belegen zu können.

Gleiches gilt für die von der DPG mitbeförderte Integrationsleistung. So gibt es meines Erachtens gute Gründe dafür, die DPG als eine parlamentarische Integrationsagentur zu betrachten. Mit Beginn einer jeden neuen Legislaturperiode steht der Bundestag vor der Herausforderung, die Parlamentsneulinge zu integrieren, sie gleichsam zu parlamentarisieren. Der DPG wurde für diesen Prozess schon frühzeitig eine wichtige Rolle beigemessen: Ob einzeln oder gleich gruppenweise wurden Neuparlamentarier von erfahrenen Abgeordneten in die Parlamentarische Gesellschaft eingeführt. Ihre Integrationsleistung war immer dann besonders gefordert bzw. herausgefordert, wenn neue politische „Elemente“ die altvertrauten Muster zu stören drohten. Dies galt für den Einzug der Grünen und der PDS wie überhaupt für die Integration der ostdeutschen Abgeordneten mit anderen oder gänzlich ohne parlamentarische Vorerfahrungen. Im Falle der Grünen und der PDS verlief der Integrationsprozess zwar mit Hindernissen, aber letztlich doch erfolgreich. Nach und nach traten die Abgeordneten beider Parteien – von Petra Kelly bis Petra Pau – der DPG bei, sie nutzten deren gediegene Räumlichkeiten, und die persönliche Begegnung mit den Abgeordneten anderer Fraktionen führte auf beiden Seiten nicht zu einer politischen, aber doch zu einer kollegialen Annäherung. „In der politischen Auseinandersetzung bekamen wir ständig Prügel“, erinnerte sich die PDS-Abgeordnete Martina Schönebeck, „in der

DPG dagegen herrschte ein stilvoller, sehr persönlicher Umgang.“³⁰

Dass hier eine *Frau* einen Ort parlamentarischer Vergemeinschaftung lobt, ist nicht selbstverständlich, was ich im nachfolgenden Punkt über Grenzen der Integration zumindest andeuten möchte.

2.2 Grenzen der Integration

Es ist keineswegs ein Klischee, dass die klassische Form informeller Vergemeinschaftung unter Abgeordneten stark männerbündische Züge trägt. Schon Elisabeth Schwarzhaupt wusste über eine Benachteiligung der weiblichen Minderheit zu berichten, die sich vor allem daraus ergebe, „daß Frauen nur selten an den Männerrunden abends beim Skat und am Biertisch teilnehmen, in denen nebenbei Personalprobleme gelöst und Stellen verteilt werden. Abwesende werden leicht vergessen.“³¹

Zu Bonner Zeiten war immer wieder die Klage von weiblichen Abgeordneten zu vernehmen, dass die dortige politische Kultur durch männliche Kommunikations- und Verhaltensmuster geprägt sei.³² Insbesondere das spätabendliche Beieinandersitzen bei Bier und Schnaps in rauchigen Kneipen, die Skat- und Schafkopfrunden, aber auch das gemeinsame Fußballspielen, Segel- oder Jagdausflüge an

³⁰ Zit. n. Herles, Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, S. 49f.

³¹ Elisabeth Schwarzhaupt, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 2, Boppard am Rhein 1983, S. 235-283, hier S. 276.

³² Vgl. Bärbel Schöler-Macher: Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten, Weinheim 1994; Sabine Lemke-Müller: Abgeordnete im Parlament. Zur Parlamentskultur des Deutschen Bundestages in den neunziger Jahren, Rheinbreitbach 1999.

den Wochenenden waren männlich codierte Rituale, zu denen Frauen in aller Regel keinen Zugang fanden. Ein Resultat dieser informellen Exklusion war, dass sich Parlamentarierinnen parteiübergreifend deutlich schlechter über innerfraktionelle Abläufe informiert fühlten als ihre männlichen Kollegen.³³

Die in der Parlamentarischen Gesellschaft gepflegte Geselligkeit sollte nach dem Ansinnen ihrer Initiatoren von vornherein von kollegialer Offenheit geprägt sein, in parteipolitisch wie auch in geschlechtlicher Hinsicht. Von Beginn an wirkten weibliche Abgeordnete in den Gremien der DPG mit, in den ersten 52 Jahren ihres Bestehens lag die Geschäftsführung ausschließlich in den Händen von Frauen, an ihrer Spitze steht heute „immerhin“ schon die dritte Präsidentin.

Dennoch würde es zu weit gehen, eine ausschließlich erfolgreiche „Integrationsgeschichte“ zu erzählen. Insbesondere in den 70er Jahren, als der Frauenanteil unter den Abgeordneten einen historischen Tiefstand von teilweise unter sechs Prozent erreichte, litt auch die Lebendigkeit des Gesellschaftslebens der DPG. Nicht nur Frauen stießen sich am Überhandnehmen des Essens, Trinkens und Spielens in zunehmend verqualmten Räumen. Nach den Worten von Dieter Lattmann, der in den 70er Jahren für die SPD im Bundestag saß, herrschte selbst bei Zusammenkünften in der DPG ein „Klima von gealterten Jungbünden, Soldatengelächter, Intelligenzlerklausuren oder einer Bautruppkantine in der Antarktis.“³⁴

Lattmann, der die „Einsamkeit des Politikers“³⁵ und die „Lieblose Republik“³⁶ in Buchform beschrieb, kann selbst als weiteres Beispiel dafür dienen, dass es Grenzen parlamentarischer Integration gibt. Dies gilt sowohl für Seiteneinsteiger, aber auch für Politiker, die sich dem geradezu obligatorischen Alkoholkonsum bei informellen Treffen entziehen wollen. Erhard Eppler bezeichnete es etwa als „folgenreiche Schwäche“,³⁷ dass er so gut wie keinen Alkohol vertrug und daher jenen feucht-fröhlichen Abenden entsagen musste, an denen Kontakte geknüpft und Netzwerke gepflegt werden. Ohnehin würde der Alkohol in einer Kulturgeschichte des parlamentarischen Lebens eine große Rolle spielen. Erst nach dem Einzug der Grünen und deren Kritik am Bundestag als einer – Zitat Joschka Fischer – „unglaubliche[n] Alkoholikerversammlung, die teilweise ganz ordinär nach Schnaps stinkt“³⁸, wurde dieses lange tabuisierte Thema öffentlich aufgegriffen.³⁹ Langjährige Parlamentarierinnen haben im Hinblick auf die aus ihrer Sicht exkludierende Wirkung der Bier- und Schnapsabende einen Veränderungsschub beobachtet, der just in den 80er Jahren einsetzte. Fortan war es weiblichen Abgeordneten möglich, diese männlich dominierte Vergemeinschaftungskultur zum einen zu kritisieren, zum anderen

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Ders.: Die lieblose Republik. Aufzeichnungen aus Bonn am Rhein, München 1981.

³⁷ Erhard Eppler: Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik, überarb. u. aktualis. Taschenbuchausgabe, Frankfurt a. M./Leipzig 2001, S. 85f.

³⁸ Zit. n. Michael F. Feldkamp: Der Deutsche Bundestag – 100 Fragen und Antworten, 2. Aufl., Baden-Baden 2013.

³⁹ Vgl. „Panorama“-Bericht vom 22.11.1988 über Alkohol- und Medikamentenmissbrauch im Bundestag; Bild-Artikel vom 31.7.1989: „Die heimlichen Trinker von Bonn“.

³³ Vgl. Lemke-Müller, Abgeordnete, S. 299ff.; Schöler-Macher, Fremdheit, S. 94.

³⁴ Dieter Lattmann: Die Einsamkeit des Politikers, München 1977, S. 9.

aber auch durch ihre selbstbewusst eingeforderte Teilnahme zu verändern.⁴⁰

Dass es in einem Kreis von Abgeordneten nicht nur im weitesten Sinne soziale, sondern auch politische Grenzen der Integration gibt, versteht sich von selbst. Nach 1990 stellte der Umgang mit Mitgliedsanträgen von PDS-Abgeordneten das Selbstverständnis der DPG als Ort des überfraktionellen, kollegialen Austauschs auf eine harte Probe. Letztlich behalf man sich mit einer genauen Einzelfallprüfung hinsichtlich etwaiger Verstrickungen in den Machtapparat der DDR.⁴¹

Ungleich größer ist die gegenwärtige Herausforderung durch die AfD. Die Vertreter der etablierten Parteien tun sich erkennbar schwer, den „richtigen“ Umgang mit ihren neuen Kolleginnen und Kollegen zu finden. Dies gilt auch für die Parlamentarische Gesellschaft, die – ein äußerst seltener Fall – öffentliches Aufsehen erregte, als sie im November 2018 einen sog. „Anti-AfD“-Passus in ihre Satzung einfügte. Sie bekennt sich seither zur „Menschenwürde, zur Völkerverständigung sowie zu den Grundsätzen der Demokratie und des Rechtsstaats“ und lehnt „jede Benachteiligung oder Bevorzugung von Personen aufgrund von Geschlecht, Rasse, Ethnie oder Religion [...] ab.“⁴²

Die Modalitäten einer etwaigen Unvereinbarkeitsprüfung sind freilich nicht geklärt. Ebenfalls ungeklärt ist das Verhältnis der AfD zur

⁴⁰ Vgl. Schöler-Macher, *Fremdheit*, S. 92; Heide Simonis: *Unter Männern. Mein Leben in der Politik*, München 2003, S. 77.

⁴¹ Vgl. Herles, *Deutsche Parlamentarische Gesellschaft*, S. 53.

⁴² Vgl. Der Spiegel, „Abgeordnetenklub plant Anti-AfD-Passus“, 27.10.2018; <https://www.globkult.de/politik/deutschland/1713-sittenverfall-in-der-deutschen-parlamentarischen-gesellschaft>.

Parlamentarischen Gesellschaft. So polemisieren einige ihrer Abgeordneten dagegen, mit Haushaltsmitteln die Kontaktpflege üppig bezahlter Parlamentarier zu subventionieren, was manche ihrer Kollegen freilich nicht daran hindert, als Mitglieder sowohl die kulinarischen wie auch räumlichen Vorzüge der DPG dankbar in Anspruch zu nehmen. „Hier wird eine gepflegte parlamentarische Kultur nach britischem Klubstil gelebt.“⁴³ So schwärmt etwa der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende und Vertreter des völkischen „Flügels“ Andreas Kalbitz.

Die Reaktionen auf das provozierende Gebaren der AfD im Bundestag mögen mitunter unbeholfen oder unsouverän wirken, in jedem Fall sind sie ein Beleg dafür, wie sehr das gewachsene parlamentarische Gemeinschaftsgefühl durch den Einzug der AfD erschüttert worden ist. „Die Leichtigkeit des Hauses ist weg“, so Claudia Roth. Der Raum sei anders geworden.⁴⁴ Die von vielen Abgeordneten ausgegebene Maxime der Nicht-Kommunikation mit Vertretern der AfD lässt sich im parlamentarischen Alltag indes kaum durchhalten.⁴⁵ Die Vielzahl interfraktioneller Kontaktforen, die keineswegs nur institutionellen Zwängen geschuldet ist, sondern dem Willen zur Vergemeinschaftung über Parteigrenzen hinweg entspringt, zwingt vielmehr zu einer Form der Kommunikation jenseits ritualisierter Abgrenzungen. Da berichtet etwa ein AfD-Abgeordneter, dass sein erstes Gespräch mit einem Kollegen von der Linken beim Gebetsfrühstück in der Parlamentari-

⁴³ SPIEGEL ONLINE, Was der Verfassungsschutz der AfD-Spitze vorwirft, 18.1.2019.

⁴⁴ Der Spiegel, Die AfD und der Bundestag, 22.3.2019.

⁴⁵ So gab der Grünen-Abgeordnete Sven-Christian Kindler die Maxime aus: „Kein Duzen, kein Bier, keinen Kaffee mit Faschisten.“ Ebd.

schen Gesellschaft stattfand.⁴⁶ Im interfraktionellen Alltag bleibt es nicht aus, dass zwischen einzelnen Abgeordneten von AfD und Grünen das kollegiale Du benutzt wird.⁴⁷

Sollten die Abgeordneten der etablierten Parteien, so ließe sich fragen, vielleicht mit größerer Gelassenheit auf die integrative Sogwirkung des Parlaments und der bewährten überfraktionellen Foren vertrauen? Besteht nicht die Hoffnung, dass sich die Abgeordneten der AfD-Fraktion, die aktuell zu 85 % keinerlei parlamentarische Vorerfahrungen haben, in ihrem Duktus und Habitus „parlamentarisieren“ werden?

Aus dem akademischen Elfenbeinturm heraus lassen sich solcherlei Fragen natürlich leicht stellen. Aktuell scheint viel dafür zu sprechen, dass gerade die Abgrenzung von den Abgeordneten der AfD das parlamentarische Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien nochmals größer werden ließ.

3. Nutzen und Kosten der interfraktionellen Vergemeinschaftung

Im SPIEGEL war jüngst zu lesen: „Der 19. Bundestag ist mit seinen 709 Abgeordneten zu groß, um Wirgefühle aufkommen zu lassen.“⁴⁸ Dem ersten Teil der These, dass der Bundestag zu groß ist, dürfte wohl jeder zustimmen, den zweiten Teil der These möchte ich allerdings bestreiten. Im 70. Jahr seines Bestehens verfügt der Deutsche Bundestag

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Vgl. SPIEGEL ONLINE, Rechte Charmeoffensive, 25.9.2019, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-bundestag-wie-jetzt-paul-podolay-vizepraesident-werden-will-a-288357.html> [letzter Zugriff am 8.10.2019].

⁴⁸ Der Spiegel, Die AfD und der Bundestag, 22. März 2019.

über eine Vielzahl von integrativ wirkenden Orten und Praktiken, die weltweit ihresgleichen suchen dürfte. Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft ist der erste und einflussreichste dieser Orte. Inspiriert durch ein britisches Vorbild kann sie als eine aus der Mitte der Abgeordneten heraus geschaffene institutionalisierte Lehre aus der Weimarer Vergangenheit begriffen werden, die sich der Pflege der parlamentarischen Kultur verschrieben hat. Ihren konkreten „Erfolg“ zu bemessen, fällt naturgemäß schwer. Der enorm hohe Mitgliedsanteil unter den aktiven Abgeordneten von teilweise über 90%,⁴⁹ die im Bundestag insgesamt sehr ausgeprägte Kollegialität, der zivile Grundton des Parlaments, die intakten interfraktionellen Kommunikationskanäle – an all dem hat die DPG ohne Zweifel ihren Anteil. Wenn ferner die Befunde der politikwissenschaftlichen wie historischen Parlamentarismusforschung zutreffen, dass nämlich zum einen informelle Organisation einen „essentiellen Beitrag zur Binnenintegration der Organisationsmitglieder“⁵⁰ leistet und zum anderen ein gemeinsames Umfeld und ein ständiger, vertrauensvoller Umgang des politischen Personals die Fähigkeit des Parlaments erhöht,⁵¹ stabile Regierungen zu bilden, dann kann auch die DPG

⁴⁹ Zahl bezieht sich auf den 17. Deutschen Bundestag. 2011 waren 575 MdB (von 622) Mitglied der DPG. Vgl. <https://www.das-parlament.de/2011/43/Thema/36235769-315718>.

⁵⁰ Manfred Schwarzmeier: „Nur“ Stilfragen? Informelle Verhaltensregeln und Handlungsnormen im Deutschen Bundestag, in: Oberreuter/Kranenpohl/Sebaldt, Bundestag, S. 27–45, hier S. 30.

⁵¹ Vgl. Florian Meinel: Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus, München 2019, S. 10f.; Mergel, Kultur; Thomas Raithel: Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005.

als ein Stabilitätsfaktor des bundesdeutschen Parlamentarismus angesehen werden.

Die in ihr gepflegte Kommunikationskultur ließ die DPG – so eine Einschätzung der FAZ von 2004 – zum „Ort der wichtigsten Kompromisse“⁵² werden. Manch ein Beobachter glaubt gar, hier werde „mehr Politik gemacht als im Plenum.“⁵³ Ganz so weit wäre Carlo Schmid wohl nicht gegangen, dennoch wusste bereits er zu berichten, „daß mit die entscheidendsten [...] Kompromisse an den weiß gedeckten Tischen dieses Hauses gefunden worden sind. Die Runden, die in diesen Räumen zusammenkamen, wirkten gelegentlich wie eine Art von Vermittlungsausschuß.“⁵⁴ Vor diesem Hintergrund ist es natürlich kein Zufall, dass im Oktober/November 2017 als Ort der Sondierungsgespräche zur Jamaika-Koalition die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft ausgewählt wurde, gleichsam als Inbegriff eines Ortes der überparteilichen Kommunikation und des kollegialen Umgangs.

Historisch betrachtet stieß die Parlamentarische Gesellschaft eine Dynamik überfraktioneller Vergemeinschaftungsformen an, die bis heute andauert. Ob FC Bundestag oder interfraktionelles Gebetsfrühstück, ob Musikgemeinschaft oder das Abgeordneten-Kabarett „Die Wasserwerker“, ob Motorsportgruppe oder der jüngst u.a. von Andrea Nahles ins Leben gerufene „Parlamentskreis Pferd“ – im Deutschen Bundestag gibt es heute eine unüberschaubare Vielzahl interfraktioneller Gruppierungen, deren Mitglieder unisono die gemeinschaftsstiftende Wirkung wie auch den

politischen Wert dieser auf den ersten Blick unpolitischen Freizeitaktivitäten betonen.

Bei so viel überfraktioneller Harmonie stellt sich unweigerlich die Frage, ob es davon auch zu viel geben kann. So mag und kann es als Ausweis der hohen parlamentarischen Kultur gelten, dass vom Bundestagspräsidium in der zurückliegenden Legislaturperiode lediglich drei Ordnungsmaßnahmen verhängt wurden.⁵⁵ Wenn man sich indes die Tragweite der im letzten Bundestag verhandelten Entscheidungen ebenso wie die damit einhergehenden gesellschaftlichen Verwerfungen vor Augen führt, drängt sich die Frage auf, ob – mit Ernst Fraenkel gesprochen – der „kontroverse Sektor“ im Parlament nicht in bedenklicher Weise zu verkümmern drohte.

Wenn es stimmt, was sehr wahrscheinlich ist, dass die interfraktionellen Aktivitäten eine sowohl kollegiale wie auch menschliche Nähe zu stiften vermögen, könnte sich die Frage aufdrängen, ob es der parlamentarischen Rede- und demokratischen Streitkultur am Ende sogar schadet, wenn allzu viele Abgeordnete gemeinsam Fußball spielen und unter der Dusche stehen, auf Motorrädern durch Europa cruisen, im Bundestagschor singen oder gemeinsam beten.

Der Journalist Peter Dausend hat die DPG einmal durchaus anerkennend als „Konsensmaschine“⁵⁶ beschrieben. In Zeiten, in denen die politischen Profile der Parteien unklarer werden, die Konsenslastigkeit der Politik größer wird und in denen sich gesellschaftliche Konfliktlinien nicht mehr in parlamentari-

⁵² FAZ, Ort der wichtigsten Kompromisse, 18.12.2004.

⁵³ WirtschaftsWoche: Prächtig-Parlamentarische Gesellschaft, 20. November 2011.

⁵⁴ Zit. n. Herles, Villa, S. 88.

⁵⁵ Zwei Ordnungsrufe sowie eine Wortentziehung. Da in früheren Legislaturperioden die „Zurückweisung ‚unparlamentarischer‘ Äußerungen“ nicht zu den Ordnungsmaßnahmen zählte, wird sie hier aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

⁵⁶ Die Welt: Die Konsensmaschine, 26. Januar 2006.

schen Kontroversen abzubilden scheinen, drohen „Konsensmaschinen“ indes zu Katalysatoren der Krise der Repräsentation zu werden.

Mit dem Einzug der AfD-Fraktion scheint diese pessimistische Lesart indes obsolet geworden zu sein. Angesichts fortgesetzter Provokationen durch Abgeordnete der AfD, die auf eine Delegitimierung demokratischer Institutionen abzielen, kann sich der bundesdeutsche Parlamentarismus glücklich schätzen, über eine Vielzahl von Orten und Praktiken der kommunikativen Konsensfindung zu verfügen. Gleichwohl bewahrt der Blick des Historikers vor einem unhistorischen Alarmismus, der in Überschriften wie „Zahl der Ordnungsrufe im Bundestag steigt auf Rekordniveau“ durchscheint.⁵⁷ Die dramatisierte Zahl von 19 seit der Bundestagswahl 2017 verhängten Ordnungsrufen relativiert sich ebenso dramatisch, wenn man sie mit den 273 Ordnungsmaßnahmen der ersten (1949–1953) oder den 172 Ordnungsmaßnahmen der zehnten Legislaturperiode (1983–1987) vergleicht. Die gegenwärtig beobachtete Herausforderung bzw. befürchtete „Zerstörung der parlamentarischen Kultur“⁵⁸ durch Abgeordnete der AfD-Fraktion sollte der Geschichtswissenschaft als Anlass dienen, sich intensiver als bislang mit der parlamentarischen Kultur im Allgemeinen und parlamen-

tarischen Praktiken im Besonderen zu befassen.

Zitation:

Kristian Buchna: Jenseits des Plenums. Wie informelle Zirkel von Abgeordneten die parlamentarische Kultur in der Bundesrepublik prägen, in: HEUSS-FORUM 4/2019, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_4_2019.

⁵⁷ Artikel der Augsburger Allgemeinen vom 31.12.2019, URL: www.augsburger-allgemeine.de/politik/Zahl-der-Ordnungsrufe-im-Bundestag-steigt-auf-Rekordniveau-id56338031.html [letzter Zugriff am 17.1.2020].

⁵⁸ So der Politikwissenschaftler Reinhard Mehring in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 19.06.18: „Interview „Gauland zielt sehr bewusst auf die Zerstörung der parlamentarischen Kultur“, URL: <https://www.ksta.de/politik/interview-gauland-zielt-sehr-bewusst-auf-die-zerstoerung-der-parlamentarischen-kultur--30642662>.